

Grundschulalltag zwischen Theorie und Praxis

Eine Denkschrift

Verfasst von Schulleiterinnen und Schulleitern von 25 Grundschulen im Kreis Ahrweiler

Wir alle lieben unseren Beruf. Wir sind mit Leib und Seele Schulleiter und Schulleiterinnen. Aber wir betrachten die derzeitige Entwicklung mit Sorgen und können sie nicht länger stillschweigend akzeptieren.

Wenn wir nicht gefragt werden, wollen wir wenigstens gehört werden.

Wertschätzung ist das, was wir täglich unseren Schülern und Schülerinnen entgegenbringen. Wir denken, dass wir ebenfalls ein Anrecht auf Wertschätzung besitzen.

Der neue ORS bietet uns eine Menge an Chancen, den Schulalltag erfolgreich zu gestalten. Allerdings benötigen wir als Grundschulen dazu auch die nötigen Ressourcen. In großer Sorge wenden wir uns an die rheinland-pfälzische Landesregierung.

Wir wollen ihr hiermit einen realistischen Einblick in unseren Schulalltag vermitteln, der sich in den letzten Jahren drastisch verändert hat. Unsere Absicht ist es, einen konstruktiven Prozess anzustoßen, mit dem Ziel, dass die berechtigten Anliegen der Grundschulen mit ihren vielfältigen Herausforderungen in adäquater Weise unterstützt und zukunftsfähig gemacht werden.

Grundschule ist immer Gesamtschule und zunehmend „Schwerpunktschule“, auch ohne als solche ausgewiesen zu sein. Daher sollte eine Gleichstellung mit den anderen Schulformen unter den folgenden Aspekten erfolgen:

- Eine Grundversorgung an LWS, die es jeder Schule ermöglicht, mindestens eine 100%ige Unterrichtsversorgung zu gewährleisten (der Sockelbetrag oder der 0.38-Faktor pro Schüler muss angehoben werden).
- Eine zusätzliche LWS-Zuweisung, die jeder Schule einen angemessenen pädagogischen Gestaltungsspielraum bietet und die über die zuletzt ständig gekürzten Poolstunden hinausgeht, um den stetig wachsenden Anforderungen gerecht werden zu können (Inklusion, zunehmende Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Regelschule, höherer Förderbedarf durch die Auflösung von Schulkindergärten, Förderung von Kindern, die in den Bereichen Sprache, Motorik und Sozialverhalten immer deutlicheren Entwicklungsrückstand zeigen). So könnten wir auch Formen kollegialer Zusammenarbeit, wie z.B. gegenseitige Hospitationen, Team-Teaching u.a.m., im Interesse einer qualitativen Unterrichtsentwicklung implementieren.
- Die Integrierte Förderung findet an den meisten Grundschulen kaum oder gar nicht statt. Selbst an den personell besser ausgestatteten Schwerpunktschulen fehlen die Förderschullehrkräfte. Hier reicht eine alleinige Beratung durch die Förderschulen nicht aus.

- Das Portal zur Überprüfung des sonderpädagogischen Förderbedarfs sollte ganzjährig geöffnet sein, um im Interesse der betroffenen Kinder zeitliche Verzögerungen zu vermeiden
- In den letzten Jahren waren die sogenannten „Feuerwehrlehrkräfte“ de facto nicht verfügbar, da sie ständig an einzelnen Schulen festgesetzt wurden, um dort längeren Vertretungsbedarf zu decken. Daher halten wir es für unerlässlich, dass an jeder Grundschule eine verlässliche Vertretungsreserve unmittelbar verfügbar ist. Dadurch lässt sich das für alle Beteiligten unbefriedigende Zusammenlegen oder Aufteilen von Lerngruppen vermeiden und der tatsächlich vorhandene Unterrichtsausfall reduzieren.
- Für die nachhaltige Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, sowohl Flüchtlings- als auch Zuwandererkinder aus der EU, benötigen die Schulen eine ausreichende und kontinuierliche Sprachförderung, die nicht nach einem Jahr beendet ist und die sich nach dem tatsächlichen Bedarf richtet.
- Zurzeit gibt es zu wenige Anrechnungstunden, sowohl für die Schulleitungen mit ihren vielfältigen Aufgaben (insbesondere die deutliche Zunahme von Beratungsgesprächen mit den verschiedensten Kooperationspartnern) als auch für die Kollegien. Im Vergleich zu den weiterführenden Schulen, wo dies gängige Praxis ist (für wichtige Projekte wie z.B. Streitschlichterprogramme, Schülerparlament usw.) sind wir Grundschulen hier eindeutig benachteiligt.
- Die Rahmenbedingungen der schulischen Ausstattung, die durch die Schulträger finanziert wird, unterscheiden sich von Ort zu Ort erheblich, wie z.B. Sekretärinnen- und Hausmeisterstunden, Schulsozialarbeit, schulische Budgets, Ausstattung mit neuen Medien, Investitionen in Schulgebäude und deren Instandhaltung. Diese Situation gefährdet die Chancengleichheit unserer Schüler und Schülerinnen. Wünschenswert ist hier eine Angleichung an die Schulen in Kreisträgerschaft.
- Da sich bereits im Studiengang „Lehramt Primarstufe“ ein dramatischer Lehrkräftemangel abzeichnet, muss der Lehrerberuf deutlich aufgewertet und attraktiver gestaltet werden. Dazu gehört für uns auch eine gleichberechtigte Bezahlung nach A 13, ähnlich unserer Kollegen an den Realschulen plus. Es ist zudem für viele junge Kollegen und Kolleginnen unerträglich, jahrelang in einem immer wieder neu befristeten Angestelltenverhältnis arbeiten zu müssen. Aus diesem Grund gibt es schon jetzt eine starke Abwanderungsbewegung in benachbarte Bundesländer mit dem Ergebnis, dass die personelle Grundversorgung an vielen Schulen oft nicht mehr gewährleistet ist.

Wir Schulleiterinnen und Schulleiter sehen durchaus die positiven Änderungen in der rheinlandpfälzischen Bildungspolitik, wie etwa die Senkung der Klassenmesszahl und die flexiblere Gestaltung der Zeugnisse.

Es geht uns zudem nicht darum, unsere Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht zu kritisieren, sondern Missstände offen zu legen, die nur von politischen Entscheidungsträgern (im Ministerium) verändert werden können.

Daher hoffen wir auf weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen, um die immer anspruchsvollere Bildungs- und Erziehungsarbeit an unseren Grundschulen auch zukünftig angemessen leisten zu können.

RpS 10 2017 Seite 9 rechts unten

Die Denkschrift im Bildungsministerium

Am 18. September 2017 wurde die o.a. Denkschrift an Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann durch die Vertreter des „Arbeitskreises Grundschulentwicklung“ aus dem Landkreis Ahrweiler Anjo Närdemann (Schulleiterin an der Ganztagsgrundschule Remagen, im Bild links) und Ralph Stollorz (Schulleiter in Dernau und VBE-Kreisvorsitzender) übergeben. Mit von der Partie war für das Bildungsministerium der Grundschulreferent Thomas Reviol und für die relevanten Bildungsgewerkschaften Gerhard Bold und Klaus-Peter Hammer. Die Denkschrift war im Frühjahr von Grundschul-Leitungen des Landkreises Ahrweiler verfasst worden.

In dem 90-minütigem Gespräch in konstruktiver Atmosphäre konnte ausführlich über die aktuellen und in der Denkschrift thematisierten Probleme des Grundschulalltags berichtet werden. Dies führte zu einem regen Informations- und Meinungsaustausch. Staatssekretär Hans Beckmann betonte, dass ihm die geschilderten Situationen und Probleme durchaus bewusst seien. Anhand einiger Maßnahmen des Bildungsministeriums zeigte er aus Sicht der Landesregierung Lösungsangebote auf. Einig war man sich in der Feststellung personeller Versorgungsengpässe an den Grundschulen, mit denen auch künftig gerechnet werden müsse.

Dieses Treffen von Bildungsministerium und Schulleitungen „auf Augenhöhe“ wurde insgesamt positiv bewertet, die Möglichkeit weiterer Treffen von allen Beteiligten in Aussicht gestellt – dazu sind alle anderen Beteiligten gerne bereit.

RED

BU: Die Vertreter des Ahrweiler „Arbeitskreises Grundschulentwicklung“ vor der Übergabe der Denkschrift im Mainzer Bildungsministerium.

Für den Bildnachweis auf Seite 2: Fotograf: Hubertus Kunz